

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/182

22. September 1976

Modellaffäre der schwarz-grünen Filzokratie

Strauß holte den Bauernverbands-Präsidenten in  
Kohls "Schattenkabinett"

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB  
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung,  
Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-  
Fraktionsvorstandes

Seite 1 und 2 / 56 Zeilen

An ihren Freunden könnt ihr sie erkennen

Strauß schädigt die außenpolitischen Interessen  
der Bundesrepublik

Von Kurt Mattick MdB  
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses  
des Bundestages

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Wir werden mit dem neuen Seerecht leben können

Zwischenbilanz und Ausblicke über ein Jahrhundertwerk

Von Horst Grunenberg MdB  
Sprecher der Arbeitsgruppe Seerechtskonferenz der  
SPD-Bundestagesfraktion

Seite 5 bis 5 b / 132 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Skandalöses Spiel der Union mit dem innerdeutschen  
Handel (III und Schluß)

Seite 6 und 7 / 92 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausdile 3-10, 5300 Bonn 12  
Postfach: 120 408  
Pressehaus 1. Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 35 88 845-43 spbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
Kölner Straße 10B-112, Telefon: 376611  
5300 Bonn-Bad Godesberg

### Modellaffäre der schwarz-grünen Filzokratie

---

#### Strauß holte den Bauernverbands-Präsidenten in Kohls "Schattenkabinett"

Von Dr. Martin Schmidt-Gellersen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Während er im Sonderzug durch die Eifel fuhr, hat Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl einen weiteren Namen für sein "Schattenkabinett" preisgegeben. Im Falle eines Wahlsieges der CDU/CSU soll der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, Bundeslandwirtschaftsminister einer Unions-Regierung werden. Zur selben Stunde ließ Heereman über den Informationsdienst seines Verbandes verbreiten: "Nach reiflicher Überlegung bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß ich mich nicht der Verpflichtung entziehen kann, falls ich gerufen werde."

Als wäre ein solcher Ruf schicksalhaft. Nein, das ist zuviel der gestelzten Würde, wenn man das monatelange Gerangel in den Unionskulissen Revue passieren läßt! Schon im Februar, anlässlich des CDU-Agrarkongresses in Oldenburg, hatte Kandidat Kohl erklärt, daß er sich selbst das Wort gegeben habe, noch im Mai eine komplette Regierungsmannschaft vorzuzeigen. Doch Kohl hatte die Rechnung ohne den Wirt Strauß gemacht, der die Kohl-Pläne blockierte und den "schwarzen Provinz-Riesen" aus Mainz Monat für Monat auf diesem sich selbst gegebenen Wort schmoren ließ. Die späte Heereman-Benennung versucht die CDU/CSU jetzt als geschickten Schachzug zu verkaufen. Doch in Wahrheit ist sie ein weiterer Beweis für Kohls Entscheidungsschwäche; denn Kohl wollte nicht Heereman, sondern MdB Burkhard Ritz, den fleißigen Partei- und Fraktionsarbeiter "berufen". Strauß aber wollte partout Heereman, und nun hat er ihn im sog. Kohl-"Schattenkabinett" drin: neben Dregger, Garstens und Co. ein weiterer Mann nach seinem Geschmack. Kohl wird sich noch wundern.

Betroffen, ja enttäuscht, sind die Landwirte, die in den letzten Tagen ihren Präsidenten davor warnten, sich als grünes Aushängeschild der Union mißbrauchen zu lassen. Zu Recht befürchteten viele, daß ihr Verband, der sich laut Satzung selbst zu parteipolitischer Neutralität verpflichtet, im Bf-

fentlichen Ansehen Schaden leidet, wenn er im Wahlkampf seines Präsidenten als verlängerter Arm der CDU/CSU erhalten soll. Schwarz-grüne Filzokratie, der Vorwurf von Josef Ertl wird nachhallen, weil Heereman nach dem 3. Oktober gegenüber der wiedergewählten sozialliberalen Koalition nicht mehr mit der Autorität eines parteineutralen Verhandlungspartners für die bäuerlichen Interessen streiten kann.

Vorbei ist nun für Heereman die Zeit des unangefochtenen Verbandshelden, denn der Präsidentenstuhl fängt an zu wackeln. Da wird in der neuesten Ausgabe der "Badischen Bauernzeitung" schon unverblümt geschrieben: "Ob es für die bundesdeutsche Landwirtschaft rundum und bis in alle Ecken hinein gut wäre, wenn dieser Heereman Bundeslandwirtschaftsminister werden würde, also Abschied nehmen müßte von der Position des DBV-Präsidenten - das ist die Frage schlechthin.

Fragen müssen wir auch, was DBV-Generalsekretär Rudolf Schnieders wohl meint, wenn er zur Absichtserklärung seines Präsidenten ohne Verzug mitteilte: "Der Deutsche Bauernverband wird unabhängig von der Entscheidung Freiherr Heeremans mit jeder von der Mehrheit der demokratischen Parteien gewählten Regierung wie bisher im Interesse der Bauern loyal zusammenarbeiten."

Der Generalsekretär ist kraft seines Amtes Sachwalter der Verbandsinteressen, er hat für Kontinuität zu sorgen. Präsidenten aber kommen und gehen. Aufgepaßt also, lieber Heereman, schon andere sind bei dem Versuch, mal schnell von einem auf den anderen Stuhl zu rutschen, hart auf dem Allerwertesten gelandet! Der geschlagene Kohl kann Ihnen dann nicht helfen, und Franz-Josef Strauß, der ohnehin seit langem die bäuerlichen Einkommen im Visier hat, wird lässig schwören, mit dieser Sache habe er nie etwas zu tun gehabt.

(-/22.9.1976/va/ee)

+ + +

An ihren Freunden könnt ihr sie erkennen

Strauß schädigt die außenpolitischen Interessen der Bundesrepublik

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages

Die Zusammenarbeit zwischen der CSU, insbesondere ihrem Vorsitzenden Franz Josef Strauß, und den Kräften in Griechenland, die Ministerpräsident Karamanlis für einen bereits verdächtigen Mann der Mitte halten und den Chef der früheren Militärjunta Papadopoulos als ihr Vorbild erwähnt haben, ist bereits bekannt. In der liberalen Athener Zeitung "To Vima" sind unterdessen neue Einzelheiten ausgebreitet worden, so daß sich zusammen mit dem, was bereits bekannt war, und dem, was man aus Griechenland direkt hört, ein alarmierendes Bild ergibt.

Die griechischen Aktivitäten von Strauß werden immer mehr zu einer Belastung des deutsch-griechischen Verhältnisses. Wie man hört, erstrecken sich seine Aktivitäten auch auf Zypern. Auf schlimmere Weise könnte der Beitrag von Bundeskanzler Helmut Schmidt zur Entschärfung der kriegsträchtigen Probleme im Mittelmeer nicht konterkariert werden.

Während es sonst guter Brauch ist, daß Politiker ihre Besuche im Ausland der jeweiligen Deutschen Botschaft und der Regierung des Gastlandes voranmelden, übt sich Strauß in Heimlichkeit. Er gibt sich als Handlungsreisender, wird aber öffentlich mit ehemaligen Junta-Größen gesehen. Die politische Plattform der griechischen Faschisten, die christdemokratische Partei Griechenlands, bestätigt auf Anfrage einen Teil dieser Kontakte. So hat Strauß Verbindung mit

- Kotsavillis, Vorsitzender der "Christdemokratischen Partei Griechenlands", der eng mit ehemaligen Junta-Funktionären zusammenarbeitet;

- Gouras, Monarchist, der eng mit der Junta zusammenarbeitet; bei einem Athen-Besuch von Strauß wurde er mit Gouras in dem Lokal Kavo d'oro

gesehen, das einem ehemaligen Nationalsozialisten gehört; in "To Vima" wurde ein Bild abgedruckt, auf dem Strauß und Goures sowie drei andere Personen in diesem Lokal abgebildet sind.

- Josif, ehemaliger Minister unter Papadopoulos;

- Matthäou, unter Papadopoulos Minister für Nordgriechenland, später für Landwirtschaft, beides zentrale Ressorts;

- Manoulopoulos, vor dem Machtantritt der Obristen Führer der Jugendorganisation der Karamanlia-Partei ERE, dann zur Junta übergelaufen und unter Papadopoulos Arbeitsminister.

Man darf sich nicht wundern, daß gerade jetzt die Aktivitäten von Strauß in der griechischen Presse ausgebreitet werden. Durch diese Darstellungen wird das Bild der Bundesrepublik so verzerrt, daß die Debatte über die Auslieferung oder Freilassung des Terroristen Rolf Pohle vom eigentlichen Thema abgelenkt werden kann. Die Anwälte Pohles verteidigen ihren Mandanten mit seiner angeblich ant imperialistischen Motivation. Strauß liefert ihnen die Stichworte, die das Bild der Bundesrepublik in Griechenland verzerrten.

Erneut bestätigt sich, daß der beste Ziehvater des einen Extremismus der Extremismus auf der anderen Seite des Spektrums ist. "Freiheit oder Sozialismus" heißt im europäischen Klartext der CSU: Ausschluß der Sozialdemokratie aus dem zu vereinigenden Europa durch Organisation eines mächtigen reaktionären Flügels in Europa. Die Aufpöppelung des Terrorismus wird auf diesem Weg in Kauf genommen.

Wenn Strauß Vizkanzler mit Einfluß auch auf die Außenpolitik würde, dann wäre eine Störung des deutsch-griechischen Verhältnisses weit über das gegenwärtige, von ihm verschuldete Maß hinaus die unvermeidliche Folge. Damit würde sich die Bundesrepublik auch aus den Bemühungen um eine Lösung des griechisch-türkischen Konflikts um Zypern abmelden. Die Südflanke der NATO verträgt solche Sicherheitarisiken nicht. (-/22.9.1976/va/pr)

+ + +

Wir werden mit dem neuen Seerecht leben können

Zwischenbilanz und Ausblicke über ein Jahrhundertwerk

Von Horst Grunenberg MdB

Sprecher der Arbeitsgruppe Seerechttakonferenz der SPD-Bundestagsfraktion

Die 5. Runde der 3. Seerechttakonferenz der Vereinten Nationen in New York hat manche hochgesteckten Erwartungen nicht erfüllt, denn nach den Fortschritten der Frühjahrsitzung trat sie diesmal auf der Stelle und fiel in einer der Hauptfragen, der Erarbeitung einer weltweit gültigen Nutzungsordnung für die mineralischen Schätze des Tiefseebodens, sogar hinter den Ausgangsstand zurück. An dieser Session, die im Mai 1977 in New York fortgesetzt wird, nehmen im Auftrage der SPD-Bundestagsfraktion nacheinander die Abg. Horst Grunenberg, Carl Ewen und Jürgen Grimming teil. Sie gehören der Arbeitsgruppe "Seerechttakonferenz" der Fraktion an, die sich seit einem Jahr konkret mit der Seerechttproblematik und ihrer Auswirkung auf Schifffahrt, Fischerei und Fischwirtschaft, Off-shore- und Meeresboden-Interessen der Bundesrepublik, Meeresumweltschutz, Meeresforschung und -technik befaßt.

Aus dem Stillstand der Verhandlungen der 2. Seerechttkonferenz darf kein Mißerfolg abgeleitet werden und Pessimismus ist nicht angebracht. Eine solche Mammutkonferenz, an der fast 150 Staaten teilnehmen und über so unterschiedliche und für die Zukunft bedeutsame Fragen wie die Ausdehnung des Küstenmeeres, die Einrichtung von 200-sm-Wirtschaftszonen, Schifffahrtsfreiheiten, Meeresumweltschutz, Meeresforschung, Fischerei, eine internationale Nutzungsordnung für den küstenfernen Meeresboden und Verfahren internationaler Streitschlichtung beraten, kann nicht im Sturmschritt zu Ergebnissen gelangen.

Überdies haben die Entwicklungsländer, organisiert in der "Gruppe der 77", die unterdessen über etwa 110 Mitglieder verfügt, für die Gestaltung der rechtlichen Ordnung des Meeresbodenbergbaus ein Junktim zwischen "neuer Weltwirtschaftsordnung" und der Erarbeitung eines neuen, weltweit verbindlichen Meeresvölkerrechts hergestellt und dieses damit, besonders in der Meeresbodenfrage, auf eine neue Ebene gehoben. Eine Auswirkung dieser Politisierung der Seerechttproblematik erhellt daraus, daß in der Frage des Meeresbodenbergbaus und seiner Modalitäten die USA und die UdSSR praktisch identische Positionen vertreten, wie überhaupt die Staaten des industrialisierten Nordens der Erde, ungeachtet ihrer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, übereinstimmende Interessen auch gemeinsam vertreten.

Als Beratungs- und Verhandlungsgrundlage liegt der 3. Seerechttkonferenz ein Konventions-Entwurf vor, der in 397 Artikeln und 11 Anhängen nach 4 Hauptgegenständen untergliedert ist: Internationales Meeresbodenregime (Regime = Nutzungsordnung), allgemeines Recht der Küstenzone und der Hohen See, Meeresumweltschutz, Meeresforschung und Technologietransfer und Beilegung von Streitigkeiten. Trotz der gegenwärtigen Meinungsverschiedenheiten, die teils aus der Vertretung wirtschaftlicher und Ressourceninteressen resultieren, teils ideologische Nord-Süd-Gegensätze widerspiegeln, gibt es

einen Grundkonsens auf der Konferenz. Fast alle Delegationen sind sich darüber einig, daß die internationale Staatengemeinschaft eine konfliktverhütende Neuregelung der Rechte auf, in und unter den Meeren zustande bringen muß, um der Gefahr der Rechtsunsicherheit, ja der Anarchie auf den Meeren zu steuern.

In einer Entschließung der Koalitionsfraktionen und einer Erklärung von Außenminister Genscher anlässlich der Seerechtsdebatte des Deutschen Bundestages am 2. Juli 1976 wurden Prioritäten und Forderungen der Bundesrepublik Deutschland noch einmal zusammengefaßt. Es sind:

- 1/ Freier, rechtlich geordneter und nicht diskriminierter Zugang zu den Meeresbodenressourcen jenseits nationaler Jurisdiktion,
- 2/ ungehinderter Seeverkehr,
- 3/ Sicherung unserer Eiweißversorgung aus dem Meer und des Einsatzes und der Weiterentwicklung unserer Fischereitechnologie,
- 4/ internationale Regelung des Meeresumweltschutzes unter Ausschluß von Mißbrauchsmöglichkeiten,
- 5/ Betätigungsmöglichkeiten für unsere wissenschaftliche Meeresforschung.

Punkt 1 dieses Prioritätenkatalogs der Konferenz ist das Kernproblem der Verhandlungen überhaupt. Die Entwicklungsländer, vertreten durch die "Gruppe der 77", die rein rechnerisch über eine Zweidrittelmehrheit der Konferenz verfügt, hätten am liebsten ein Ausbeutungsmonopol einer UN-Meeresbodenbergbaubehörde, bei obligatorischem Technologie-, Ausbildungs- und Kapitaltransfer durch die Industriestaaten - wenn möglich zum Nulltarif. Diese Maximalforderung ist unerfüllbar und hat nicht die geringste Chance, in eine Konvention einzugehen. Alle Industrienationen weisen solche Maximalforderungen entschieden als unrealistisch zurück und argumentieren zu Recht, daß man sie schlechterdings nicht tätigen könne, ihre marinen Technologien, Kapital und Spezialisten einzubringen, während die Entwicklungsländer ohne eigenes Zutun den Gewinn für sich in Anspruch nehmen wollen.

US-Außenminister Kissinger hat auf der vergangenen Konferenz mit konkreten Vorschlägen möglicherweise die Richtung zu einer Kompromißregelung gewiesen, indem er die US-Vorschläge zu einem "Parallelsystem", d.h. Abbautätigkeit einer UN-Behörde neben Abbautätigkeit von Staaten und Unternehmen am Tiefseeboden, noch einmal erläuterte. Die Vereinigten Staaten haben im Übrigen auf und neben der Konferenz immer wieder erklärt, daß sie nicht endlos darauf warten werden, mit dem Tiefseebodenbergbau zu beginnen. Diese Drohung ist ernst zu nehmen. Ungeheures Kapital ist investiert, die Tiefseeboden-Industrie steht "Schaufel bei Fuß". Die Dritte Welt weiß dies nur zu genau. Sie wird ihre bisherigen Konferenzerfolge letztlich nicht aufs Spiel setzen wollen, denn neben den nationalen US-Konzernen gibt es eine Anzahl internationaler Konsortien, die einem einseitigen Vorgehen der USA folgen würden. Auch die Bundesrepublik Deutschland würde ihre Meeresbodeninteressen dann, notfalls im Huckepack-Verfahren, geltend machen müssen, etwa über ein US-kanadisch-japanisch-deutsches Konsortium, dem sie seit Jahren angehört.

Der ungehinderte Seeverkehr in Küstenmeer und Wirtschaftszonen hat gute Aussichten im Sinne einer modifizierten und nach internationalen Regeln ge-

ordneten Schifffahrtswirtschaft. Hier ist die Einsicht vieler Staaten gewachsen, die nun selbst an der Schwelle zur Schifffahrtswirtschaft stehen. Was die Hochseefischerei angeht, so droht de jure die Behinderung des Zugangs zu traditionellen Fanggründen. Auf der anderen Seite hält die Bundesrepublik mit ihren Fangtechnologien und ihrer modernen Trawler- und Frosterflotte ein Kapital, das es innerhalb der EG, durch Verhandlungen der EG mit Drittstaaten und bilateral zu erhalten gilt. Nach Übergangsregelungen, die beschleunigt auszuhandeln sind, müssen Kooperationsformen mit Drittstaaten gefunden werden, die den Erhalt und die Beschäftigung der Flotte wie der verarbeitenden Wirtschaft auf hohem Niveau sichern.

Auch in der Meeresforschung scheinen die ins Auge gefaßten Bestimmungen de jure einschneidender als sie sich faktisch auswirken werden. Die Bundesrepublik ist nach dem Stande der Meeresforschung und ihren Meerestechnologien mit den USA in der Welt führend. Ein Gesamtprogramm Meeresforschung und Meerestechnik der Bundesregierung für den Zeitraum 1976 bis 1980 in Höhe von 1 Milliarde DM unterstreicht die feste Absicht, diesen Leistungsstand zu halten und zu steigern. Hier verfügen wir über ein Kapital, das es der Bundesrepublik als Küstenzweig ermöglicht, in Zusammenarbeit mit Küstenstaaten, die über umfangreiche Wirtschaftszonen und Festlandsockel verfügen, zu gemeinsamen Nutzen tätig zu werden. Alles in allem stehen die Chancen der Bundesrepublik Deutschland, mit einer künftigen Seerechtskonvention leben zu können, nicht schlecht. Privatwirtschaftlicher Unternehmungsgeist und Ressourcendiplomatie des Staates müssen zusammenarbeiten, um die Sicherung unserer Rohstoffversorgung und zugleich die Erhaltung bestehender wie die Schaffung neuer und qualifizierter Arbeitsplätze an der Küste zu betreiben. Denn das künftige Spektrum der Meerestechnologien wird nicht ohne Grund mit den technischen Innovationen des Aufbruchs in den Weltraum verglichen.

Die erklärte Absicht der EG, eine gemeinsame fischereiliche Nutzung im "EG-Meer" und gemeinsame Meeresbodennutzungen auf dem Festlandsockel der EG-Staaten zu erreichen, wird als Modell regionaler Kooperation und regionalen Interessenausgleichs von vielen Küsten- und Binnenstaaten gespannt und erwartungsvoll beobachtet. Unser alter Kontinent hat hier eine Chance, darzutun, daß er fähig ist, in gemeinsamer Innen-, Außen- und Ressourcenpolitik Zeichen zu setzen, die für andere Regionen und Subregionen Modelle sein können.

(-/22.9.1976/va/pr)

+ + +

Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Skandalöses Spiel der Union mit dem innerdeutschen Handel (Schluß)

Keiner der Kredite diente der Finanzierung von Liefergeschäften. Sie standen den Empfängern frei zur Verfügung. Der deutschlandpolitische Sprecher Abelein der Fraktion des CDU-Vorsitzenden Kohl verlangte noch "Zug um Zug Gegenleistungen auf politischem Gebiet", da hatten die Bankverwalter schon Provisionen in Höhe von 5,22 Millionen DM für diese Kredite als "Gegenleistung" realisiert. Die nach dem Gesetz Nr. 53 des Alliierten Kontrollrates betr. Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Warenverkehrs vom 19. September 1949 und der VO Nr. 235 des französischen Oberkommandos (für die französischen Besatzungszone) vom 18. September 1949 verbotenen bzw. genehmigungspflichtigen Kreditgeschäfte mit der DDR wurden mit Wissen des Verwaltungsratsvorsitzenden Dr. Helmut Kohl und seines Finanzministers Geddum durchgeführt.

Was leistet die DDR für vertraglich vereinbarte Zahlungen ?

Abnahme von Bauschutt, Bodenaushub, festen Siedlungsabfällen aus Berlin (West)	1975 für 13,8 Millionen DM
Abnahme von Abfallstoffen aus Berlin (West)	1975 für 11,3 Millionen DM
Abnahme und Behandlung von Abwässern aus Berlin (West)	1975 für 10,9 Millionen DM
Unterhaltskosten U-Bahn-Tunnelstrecken, die in Ostberlin verlaufen	1975 für 3,0 Millionen DM
Wertausgleich für Gebietsaustausch in Berlin einmalig	1972 für 35,0 Millionen DM
Mehrleistungen der DDR-Post für uns	1975 30,0 Millionen DM
Postzugbeförderung im Berlin-Verkehr	1975 4,1 Millionen DM
einmaliger Investitionskostenbeitrag für Telefonleitungen in Berlin	1972 3,0 Millionen DM

Lange Zeit überließ Kanzlerbewerber Dr. Kohl die aggressiven Rollen im Wahlkampf Leuten wie Wohlrabe, Reddemann, Wittmann und Dregger. Jetzt will er beweisen, daß er auch dieses Fach beherrscht. Laut "Quick" hat er eine Konzeption, wie man mit der DDR umgehen werde, bestimme er einmal die Leitlinien der Deutschland- und Berlin-Politik. Dregger, Wohlrabe und Wittmann hatten nur einzelne Sanktionen von der Swing-Sperre bis zum Feuerchutz genannt. Kohl ist dafür, "das ganze Instrumentarium unserer Möglichkeiten", auch der wirtschaftlichen, einzusetzen gegen die DDR.

Was die deutsche Wirtschaft davon hält, geht aus Antwortschreiben der Verbandspräsidenten der Industrie und Wirtschaft an Bundesminister Dr. Hans Friedrichs hervor.

Dr. Hans-Günther Sohl, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie: "Der Handel mit dem Osten hat, abgesehen von seinem politischen Ge-

wicht, große Bedeutung für die vor uns liegende Aufgabe, in verstärktem Wachstum unserer wirtschaftlichen Aktivitäten fortzuschreiten.

Dr. Alwin Münchmeyer, Vorsitzender des Außenwirtschaftsbeirates beim Bundesministerium für Wirtschaft: "Sie wissen, daß ich dem Osthandel gegenüber positiv eingestellt bin und ihn für wichtig halte. Ich weiß mich mit Ihnen in Übereinstimmung, daß Ostexporte - vor allem auf dem Gebiet der Investitionsgüter - ausschließlich gegen Barzahlung nicht vorstellbar sind. Eine Verbürgung von Exportkrediten an Staatshandelsländer ist eine wesentliche Voraussetzung für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft."

"Die Anregung, die Verbürgung einzustellen, ist nicht praktikierbar und kann daher auch bei der nächsten Sitzung des Hermes-Ausschusses am 6. und 7. Dezember 1976 kein Anlaß sein, die bisherige Politik grundsätzlich zu ändern".

"Wir brauchen eine langfristige Konzeption für unseren Osthandel, und ich meine, wir kommen nicht daran vorbei, Überlegungen anzustellen, in welchem Umfang die deutsche Regierung bereit ist, das Bürgschaftsvolumen anzuheben zu lassen und welche Finanzierungsprobleme unser Kapitalmarkt verkraften kann".

"Wenn wir gemeinsam zu der Überzeugung kommen, daß gewisse Grenzen gesetzt werden müssen, dann ist es ausgesprochen wichtig für die einzelnen Firmen zu wissen, daß solche Grenzen existieren, um diese Unternehmen nicht durch kurzfristige Neuüberlegungen in große Schwierigkeiten zu bringen. Es wäre also sicherlich nicht richtig, eine Kreditierung und Verbürgung im Handel mit den Staatshandelsländern wegzulassen. Nur über die Grenzen muß man sich klar werden".

Otto Wolf von Amerongen, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages: "Eine Umstellung auf Bargeschäfte ist im Investitionsgüterbereich so gut wie unmöglich, zumal im Osthandel, wo seit Jahren andere Länder mit großzügigen Kreditangeboten neben subventionierten Zinssätzen versuchen, stärker Fuß zu fassen. Unter diesem Gesichtspunkt ist es unrealistisch, eine internationale Abstimmung über die Kreditpolitik gegenüber dem Osten erreichen zu wollen, die auf eine starke Einengung der Exportkreditfinanzierung hinausläuft. Dies bedeutet einen Rückzug der Bundesrepublik aus diesem Geschäft".

Dr. Kurt Werner, Präsident Deutscher Maschinenbau-Anstalten: "Der Maschinenbau begrüßt als aufgrund der Struktur seines Geschäfts und hohem Anteil am Ostexport hauptbetroffener Industriezweig die Absicht der BDI, diese handelspolitisch wichtige, außenpolitisch heikle und strukturpolitisch folgenreichere Frage mit Ernst und Gründlichkeit auch im Hinblick auf die Möglichkeiten, zu einem besseren Ausgleich der Handelsbilanzen zu kommen, zu studieren und wird an dieser Meinungsbildung aktiv teilnehmen. Gerade im Hinblick auf die besondere Bedeutung des Ostexports für die Maschinenindustrie in einer Phase weiter anhaltender und teilweise sich noch akzentuierender Investitionszurückhaltung im Inland und vor dem Hintergrund der hier vorliegenden Erfahrungen mit dem Ostgeschäft möchte der VDMA auf jeden Fall vor Kurzschlusshandlungen bei der Indeckungnahme von Bürgschaftsanträgen warnen, die aus einer vordergründig und kurzfristig ausgelegten politischen Diskussion resultieren könnten".

Der Ostexportanteil großer Konzerne wie KHD, Salzgitter, Krupp, AEG, Siemens, Mannesmannröhren-Werke beträgt bis zu 30 vH ihres Gesamtumsatzes. Der Anteil der mittelständischen Unternehmen ist nach Auskunft von Dr. Münchmeyer wesentlich höher. Eine Reihe deutscher Betriebe produziert ausschließlich für den innerdeutschen Handel.

(-/22.9.1976/va/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller